

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 43 (1963-1964)
Heft: 7

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

DIE POSITION DES WESTENS IN SÜDOSTASIEN

In den letzten Tagen des August traf der neue amerikanische Botschafter für Südvietsnam, *Henry Cabot Lodge*, in Saigon ein. Er übernahm seinen Posten in einem Augenblick, da das politische Barometer in jenem Land auf Sturm stand. Am 21. August war über Südvietsnam der Belagerungszustand verhängt worden, Einheiten der südvietsnamesischen Armee besetzten die buddhistischen Pagoden: die Auseinandersetzung zwischen dem Regime des katholischen Präsidenten *Ngo Dinh Diem* und den Buddhisten, die im Mai zum offenen Ausbruch gekommen war, erreichte ihren Höhepunkt. Gleichzeitig begann sich auch der Druck der kommunistischen *Vietcong-Rebellen* zu verstärken, die seit Jahren Südvietsnam durch ihre Guerillatätigkeit beunruhigen. Die Gefährdung der westlichen Position in Hinterindien wurde offensichtlich.

Falsche Karte Amerikas?

Das Engagement der Vereinigten Staaten in Vietnam datiert vom Jahre 1954, als Frankreich sich nach der Niederlage von Dien Bien Phu aus seinen Positionen in Indochina zurückzog und Vietnam in einen kommunistischen Norden und einen nichtkommunistischen Süden geteilt wurde. Um das Entstehen eines politischen Vakuums und ein Vordringen des Kommunismus über die vertraglich festgelegte Grenze längs des 17. Breitengrades hinaus zu verhindern, griffen die Vereinigten Staaten damals ein und unterstützten Südvietsnam durch Gewährung *militärischer und wirtschaftlicher Hilfe*. Präsident von Süd-

vietsnam wurde der politische Vertrauensmann der Amerikaner, *Ngo Dinh Diem*, der einer alten Mandarinenfamilie entstammte und an dessen Antikommunismus ebenso wenig zu zweifeln war wie an seiner persönlichen Integrität.

Unter dem Regime *Ngo Dinh Diems* gelang es zunächst, die Lage in Südvietsnam zu stabilisieren. Die aus dem Norden hereinströmenden Flüchtlinge konnten eingegliedert werden. Dank der militärischen Unterstützung der Amerikaner, die eine neue Taktik des Helikoptereinsatzes entwickelten, wurden die *Vietcong*-Kräfte wirksam bekämpft. Die im Dschungelkrieg von Malaya erprobten Militärdörfer bewährten sich auch in Vietnam und schufen eine Atmosphäre der Sicherheit vor den kommunistischen Guerillas. Mit dieser militärischen Befriedung des Landes hielt jedoch die politische nicht Schritt. *Ngo Dinh Diem* baute bewußt ein *paternalistisches Regime* auf, das er als eine Art ideologischen Widerparts gegen den Kommunismus betrachtete. Seine wichtigsten Mitarbeiter wählte er aus seiner engeren Verwandtschaft; «starker Mann» Südvietsnams wurde *Diems* Bruder *Ngo Dinh Nhu*, dessen fanatische Frau Inspiratorin einer Gesetzgebung wurde, die sich mit ihren puritanischen Auffassungen über jahrhundertealte Traditionen rücksichtslos hinwegsetzte. Die Folge war eine wachsende Entfremdung zwischen der buddhistischen Bevölkerungsmehrheit und dem nichtbuddhistischen Clan *Ngo Dinh Diems*; die Spannung nahm bald die Züge eines *Religionskonfliktes* an, der durch spektakulär-makabre Selbstmorde

buddhistischer Mönche und zynische Kommentare von Madame Nhu zur Siedehitze gesteigert wurde und schließlich das ganze Land in Aufruhr brachte. Es schien, daß Amerika vor zehn Jahren mit Ngo Dinh Diem in Südvietnam auf die falsche Karte gesetzt hatte.

Cabot Lodge heikle Mission

Die Wirren in Südvietnam bedeuteten für Washington tatsächlich eine nicht geringe Verlegenheit. Die Vereinigten Staaten hatten dem Regime Ngo Dinh Diems ihr Vertrauen geschenkt, und es war nun nicht möglich, ihn fallen zu lassen, so unsympathisch die autoritäre Regierungsweise Diems dem Weißen Haus auch sein mochte. Kennedy entschloß sich, Cabot Lodge, den früheren Chefdelegierten bei den Vereinigten Nationen, als Mann seines Vertrauens nach Saigon zu schicken. Er sollte den Familienclan der Ngo Dinh in seine Schranken weisen, ohne daß dadurch die amerikanische Stellung in Südvietnam gefährdet und der Kampf gegen die Vietcong-Rebellen beeinträchtigt würde.

Es ist für Cabot Lodge eine heikle Mission, und sie wurde ihm in keiner Weise erleichtert, als *General de Gaulle* in einer Erklärung vom 29. August auf die alten französischen Interessen in Indochina anspielend, in reichlich kryptischen Worten von einer doch heute zweifellos utopischen *Wiedervereinigung Vietnams* sprach. Die Vermutung, de Gaulle habe die Gegensätze, die er mit Washington innerhalb der Nato auszutragen hat, durch eine Komplizierung der Situation in Vietnam unterstreichen wollen, liegt nahe.

Die Erklärung de Gaulles ist um so problematischer, als in Südvietnam nicht nur die Interessen der Vereinigten Staaten, sondern jene des Westens überhaupt auf dem Spiele stehen. Die Aufweichung der westlichen Stellungen in Hinterindien droht die Position der SEATO-Mächte, zu denen auch Frankreich gehört, in ganz Südostasien zu untergraben. Ngo Dinh Diems antibuddhistische Politik bedeutet schon an sich ein gefährliches Spiel mit dem Feuer; als Austragungsort für Differenzen zwischen den einzelnen Län-

dern der westlichen Allianz scheint Südvietnam ein denkbar ungeeigneter Platz.

Die Föderation Malaysia

Im Bestreben, in Südostasien stabile Verhältnisse zu schaffen und gleichzeitig die militärischen Positionen der SEATO zu sichern, hat Großbritannien seit gut zwei Jahren die Schaffung einer *Föderation Malaysia* vorbereitet. In ihrem Rahmen sollten Singapur, Sarawak und Nordborneo die Souveränität erhalten; verbunden mit der bereits seit 1957 unabhängigen Malaiischen Föderation sollte der neue Bundesstaat ein Element der Stabilität im Gebiete des Südchinesischen Meeres sein.

Der Zweck der Föderation Malaysia liegt primär in der *Sicherung der britischen Position* in Südostasien, vor allem in der Sicherung der strategisch wichtigen Stellung Singapores. Großbritannien hat sich von allem Anfang an die Übertragung des 1957 mit dem Malaiischen Bund abgeschlossenen Beistandspaktes auf die Föderation Malaysia ausbedungen. Hinter dem malaiischen Premierminister *Tunku Abdul Rahman*, der der Promotor der neuen großmalaiischen Föderation war, stand jederzeit London, das im neuen Bundesstaat eine wirkungsvolle Barriere gegen das Vordringen des Kommunismus im Gebiet des Südchinesischen Meeres erblickt.

Der augenblicklich schärfsten Opposition begegnet die Föderation Malaysia jedoch von seiten *Indonesiens*. Tunku Abdul Rahman ist es zwar mit viel Geschick gelungen, den indonesischen Staatschef Sukarno auf einer malaiischen Gipfelkonferenz in Manila zur Tolerierung Malaysias zu bewegen. Die Unterschrift unter den gemeinsamen Vereinbarungen war jedoch kaum trocken, als in Indonesien bereits wieder eine scharfe Agitation gegen den neuen Nachbarn einsetzte. Der Hintergrund dieser Kampagne ist leicht erkennbar: Indonesiens Expansionsdrang ist durch die Erwerbung des früher holländischen West-Neuguinea noch nicht gestillt; es möchte die nördlichen Landstreifen der Insel Borneo, deren südlicher Teil zu Indo-

nesien gehört, sich ebenfalls einverleiben. Bereits im Dezember des vergangenen Jahres war in dem auf Borneo liegenden, unter britischem Protektorat stehenden Ölsultanat Brunei eine Revolte ausgebrochen, deren Drahtzieher Verbindung zu Indonesien hatten.

Alle Versuche, die Föderation Malaysia doch noch zu torpedieren — wozu auch die in letzter Minute erfolgte *Einschaltung der Vereinigten Staaten* zu zählen ist —, sind schließlich gescheitert. Am 16. September wurde der neue Bundesstaat offiziell und feierlich ins Leben gerufen; er soll, wenn es nach dem Willen seiner Schöpfer geht, ein *Faktor der Stabilität* im Unruheherd Südostasien werden, ein Damm sowohl gegen die kommunistische Infiltration aus China wie gegen die Übergriffe des expansiven Indonesien.

Chruschtschews Reise nach Jugoslawien

Während in Südostasien der Westen seine Positionen zu halten und zu sichern sucht, hat sich innerhalb des Ostblockes die Spaltung zwischen Moskau und Peking vertieft. Die Sowjetunion und China führen gegenwärtig eine leidenschaftliche Polemik gegeneinander, die sich fast Tag für Tag steigert. Auf Parteiebene wie auf Regierungsebene nimmt die Auseinandersetzung immer härtere Formen an. Die Festnahme chinesischer Studenten und Offiziere durch sowjetische Grenzorgane ist ein bezeichnendes Symptom dafür, welchen Grad von Gereiztheit die Atmosphäre zwischen den beiden kommunistischen Staaten erreicht hat.

Es paßt in das Bild der Verschärfung der Gegensätze zwischen Moskau und Peking, daß Chruschtschew gerade im jetzigen Zeitpunkt dem jugoslawischen Präsidenten einen Besuch abstattet. Formell ist es zwar eine *Erwiderung von Titos Rußlandreise* vom vergangenen Dezember, aber im gegenwärtigen Augenblick bedeutet eine Fahrt Chruschtschews zu dem von den Chinesen als Revisionisten beschimpften Tito eine Art Demonstration. Chruschtschew hat zwar in den ganzen vierzehn Tagen seiner Fahrt durch Jugoslawien eine erstaunliche diplomatische Zurückhaltung an den Tag gelegt und es

vorsichtig vermieden, in seinen Reden China namentlich zu nennen; er begnügte sich mit Anspielungen und versteckter Kritik. Wenn auch nur wenig Konkretes über die Gespräche zwischen den beiden Kommunistenführern durchgesickert ist, scheint das Ergebnis der Besprechungen doch eher ein bescheidenes zu sein. Tito hat keinen Anlaß, auf seine günstige Position, die ihm ein Lavieren zwischen Ost und West ermöglicht, zu verzichten. Weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiet scheint eine engere Bindung Jugoslawiens an den Ostblock erreicht worden zu sein; die Abordnung jugoslawischer Beobachter zu den Sitzungen des Comecon ist, äußerlich jedenfalls, das einzig greifbare Resultat der zahlreichen Gespräche Chruschtschews mit Tito.

Der Rassenkonflikt in den Vereinigten Staaten

Wie jedes Jahr im Herbst, wenn die Schulen ihre Tore wieder öffnen, erleben die Vereinigten Staaten gegenwärtig ein Anschwellen der Leidenschaften in der *Rassenfrage*. Hauptschauplatz der diesjährigen Konflikte ist der Südstaat *Alabama*, dessen Gouverneur, *George Wallace*, sich bis zum letzten gegen die Rassenintegration in den Schulen sträubte und erst einlenkte, als Präsident Kennedy intervenierte. Einen besonderen Akzent erhielt der Rassenkonflikt diesmal durch den auf den 28. August anberaumten *Marsch der Neger auf Washington*. Es war eine eindruckliche Demonstration für die Gleichheit von Schwarz und Weiß, und der ruhige und würdige Verlauf der Kundgebung sprach eine deutliche Sprache für die politische Reife der Demonstranten. Das disziplinierte Verhalten der Neger und ihrer weißen Sympathisanten in Washington bildet einen auffälligen Kontrast zu den Ausschreitungen verblendeter weißer Fanatiker in *Birmingham* im Staate Alabama, wo der Terror auch vor Kirchen nicht haltmacht und selbst Kinder unter den Opfern zu finden sind — ein weiteres betrübliches Kapitel in der an tragischen Verwicklungen reichen Geschichte der Negeremanzipation in den Vereinigten Staaten.

Fabius

Festtag eines freien Volkes

Am 7. September feierte das Appenzeller-volk seine 450jährige Zugehörigkeit zum Bund der Eidgenossen. Das kleine Land am Alpstein nimmt im Bewußtsein unserer Öffentlichkeit eine besondere Stellung ein. Die lieblich-herbe Landschaft hat einen Menschenschlag geprägt, dessen Freiheitsdurst und Eigenwilligkeit sprichwörtlich geworden ist. Er verkörpert echtes Urschweizertum, obwohl er nicht seit den frühesten Anfängen zur Eidgenossenschaft gehörte. Die spätmittelalterliche Geschichte Appenzells ist erfüllt von Kampf und Aufruhr gegen die äbtische Herrschaft St. Gallens. Die Hartnäckigkeit, mit der die appenzellische Freiheitsbewegung ihr großes Ziel, die Eigenstaatlichkeit im Rahmen der Eidgenossenschaft, anstrebte, war echt schweizerische Art. Und mit seinem träfen Mutterwitz, seiner sorgsam gehegten Freiheitstradition und seinem in bestem Sinne streitbaren Bürgergeist gehört das Appenzellervolk auch heute noch zu den bodenständigsten Kerntruppen des eidgenössischen Souveräns. In den Abstimmungen über Grundfragen unseres Staates kann man sich auf seinen Sinn für das rechte Maß und die rechte Linie verlassen, obwohl das Appenzellerland — früher ein blühendes Zentrum unserer Stickereiindustrie — in mancher Hinsicht etwas abseits der Hochkonjunktur liegt. Als Landsgemeindekanton gehört Appenzell außerdem zu den Paradestücken der direkten Demokratie. — Daß sich die seit 1597 getrennten inneren und äußeren Rhoden in den Jubiläumsvorbereitungen zusammengefunden und dann im fröhlichen Fest für einen Tag vereint haben, bezeugt besser als viele Reden, daß hier der freundeidgenössische Geist, der gegenwärtig in andern Landesteilen so schweren Belastungen ausgesetzt wird, lebendig geblieben ist.

Faustrecht oder eidgenössischer Dialog?

Seit Jahr und Tag gärt es im Berner Jura. Und wie überall, wo politischer Konfliktstoff

vorhanden ist, sind auch die Brandstifter nicht weit. Man hat sich damit abgefunden, daß für einmal der helvetische Dialog durch das Faustrecht ersetzt worden ist. Offener und versteckter Terror haben eine Atmosphäre geschaffen, die schwer zu entgiften sein wird. Und doch sollte der Versuch unternommen werden. Bundesrat Wahlen kommt das Verdienst zu, im August am 60. Pferdemarkt in Saignelégier nachdrücklich zur Vernunft gemahnt zu haben. «Es will mir als Bürger unseres Kantons einfach nicht in den Kopf, daß am Ende einer Reihe von Verständigungslösungen Terror und Einschüchterung stehen sollten, anstatt das weitere ehrliche Suchen nach einer dauerhaften Lösung», so rief er aus. Die Resonanz war symptomatisch. Jede der Parteien scheint die bundesrätlichen Ermahnungen vor allem auf den Gegenspieler zu beziehen. Trotz allem darf es nicht dabei bleiben, daß sie im Schmollwinkel verharren. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Neue Helvetische Gesellschaft als das traditionelle Forum des eidgenössischen Dialogs nach Mitteln und Wegen sucht, das Gespräch doch wieder in Gang zu bringen. «Es braucht», so sagte Bundesrat Wahlen, «in gewissen Situationen mehr Mut, den Weg der Vernunft zu gehen, als die gewähren zu lassen, die sich außerhalb der Gesetze stellen». Hoffen wir, daß die «Stunde des Juras» zu einer erfolgreichen Bewährungsprobe eidgenössischen Geistes wird.

Der Bundespräsident von 1941

Der Zweite Weltkrieg ist mit seinen Sorgen und Nöten bereits Geschichte geworden. Eine neue Generation ist herangewachsen. Die neuen Gefahren dieser Epoche haben die schweren Schicksale der vierziger Jahre relativiert. Trotzdem bleiben jene Jahre der Bewährung all jenen unauslöschlich in Erinnerung, die sie bewußt miterlebten. Im Selbstverständnis unseres Volkes bilden sie eine Zäsur. Und die politischen, militärischen und geistigen Führer jener Zeit haben sich

der Öffentlichkeit besonders eingepägt. Einer von ihnen, alt Bundesrat Dr. Ernst Wetter, wurde kürzlich zu Grabe getragen. Er war es, der den schweizerischen Finanzhaushalt mit sicherer Hand durch die Engpässe und Klippen der Kriegswirtschaft steuerte — ein staatsmännisches Meisterstück, dem jede spektakuläre Note abging, das aber nicht nur für die Kriegsjahre, sondern auch für die Nachkriegszeit mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Problemen von größter Bedeutung war. Im schwer überschatteten Jubiläumsjahr 1941 trug er die Würde des Bundespräsidenten, die damals mehr noch als sonst zusätzliche Bürde bedeutete. In jener oft hektisch-nervösen Zeit strahlte von dieser klugen, abgewogenen, jeder dramatischen Geste abholden Persönlichkeit beruhigende Zuversicht aus. «Schweizer, bleibt Schweizer!» mahnte er einmal in einer Rede. In einer rasch sich wandelnden Zeit behält das Mahnwort auch für die Nachkriegsgenerationen seine Gültigkeit.

Außenpolitische Zwischenbilanz

Stand man Ende 1962 unter dem Eindruck, daß Europa und damit auch die Schweiz mitten in einer Phase grundlegender integrationspolitischer Entscheidungen stehe, so hat sich seit der berühmten Absage de Gaulles an Großbritannien im vergangenen Januar eher das lähmende Gefühl ausgebreitet, man stecke in einer fast hoffnungslosen Sackgasse. Die Schweiz hat zwar ihr Assoziationsgesuch an die EWG aufrechterhalten. Regierung und Volk sind sich aber darüber im klaren, daß vorläufig nicht an ernsthafte Verhandlungen zu denken ist. Um so aufmerksamer verfolgt die schweizerische Öffentlichkeit den weiteren Verlauf jener Bemühungen, die geeignet erscheinen, die «Integrationspause» zur Realisierung eines «Minimalprogramms» auf andern Ebenen zu nutzen. Da ist zunächst die Wiederbelebung der EFTA zu nennen, die sofort nach dem Veto des französischen Präsidenten eingeleitet wurde. Die jüngste Stockholmer Konferenz in der zweiten Septemberwoche hat den Eindruck verstärkt, daß die EFTA als zoll- und handelspolitisches Instrument im Vor-

feld eines gesamteuropäischen freien Marktes weiterhin von größter Bedeutung ist. Der Konferenzverlauf dürfte aber auch alle jene schweizerischen Kreise beruhigt haben, die nach den Sitzungen in Genf und Lissabon im Februar und Mai dieses Jahres eine allzu starke Ausweitung der EFTA-Tätigkeit und damit den Aufbau einer mächtigen supranationalen Bürokratie nach dem zweifelhaften Vorbild Brüssels befürchteten. Das Ziel der EFTA ist nach wie vor rein zoll- und handelspolitischer Art, wobei nach schweizerischer Überzeugung möglichst liberale Methoden zur Anwendung gelangen müssen. Daß im übrigen an einen Brückenschlag zur EWG vorläufig nicht zu denken ist, wurde auch an der Stockholmer Konferenz erneut klar. Um so wichtiger erscheint nun die sogenannte «Kennedy-Runde», die im Rahmen des GATT zu einer universellen Zollsenkung führen soll. Der Belgier Jean Rey, ein einflußreiches Mitglied der EWG-Kommission, hob anfangs September am Kongreß des Liberalen Weltunion in St. Gallen die Bedeutung der kommenden GATT-Verhandlungen mit Nachdruck hervor. Er betonte aber auch, daß ihr Erfolg oder Mißerfolg ebenso sehr von den Vorbereitungen wie von den Verhandlungen selbst abhänge. Es bleibt im Interesse einer starken freien Welt zu hoffen, daß dazu allseits genügend guter Wille vorhanden sei.

Infiltration

Die steigende Verflechtung und Internationalisierung ist im übrigen in mancher Hinsicht mit oder ohne formelle Integration kaum noch aufzuhalten. Manchmal bekommt man den Eindruck, daß die «kalte Integration» mittels bilateraler Vereinbarungen, wie zum Beispiel Sozialabkommen, oder mittels starker internationaler Bindung einzelner Firmen oder Wirtschaftsgruppen unserer Souveränität auf die Dauer nicht weniger abträglich sein werde als die formale Integration mit ihrem schrittweisen Souveränitätsabbau. Daß auch mit der nach wie vor steigenden Fremdarbeiterzahl nicht nur wirtschaftliche Gefahren verbunden sind, wurde der schweizerischen Öffentlichkeit in letzter

Zeit wieder besonders deutlich bewußt. Es zeigte sich nämlich, daß unter den italienischen Gastarbeitern eine systematische kommunistische Infiltration im Gange ist, wobei östliche Botschaften als Operationsbasen dienen. Die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen sorgfältig abgewogenen Gegenmaßnahmen des Bundesrates werden dem Übel kaum radikal steuern können. Das hindert die kommunistische Presse des In- und Auslandes nicht, Zeter und Mordio über die «Verletzung demokratischer Rechte», das heißt über die Bekämpfung der kommunistischen Totengräberei, zu schreien. Ihre lautstarken Proteste haben wenigstens den Vorteil, daß sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen und damit die nach dem Moskauer Atomabkommen da und dort wiedererweckten koexistenzialistische Hochstimmung etwas dämpfen. Der Atomstoppvertrag mag nach einem Wort Präsident Kennedys «eine Hoffnung für die Menschheit» darstellen. Und Chruschtschew mag wirklich, wie seine letzten westlichen Interviewer einhellig behaupten, ehrlich an der Erhaltung des Friedens interessiert sein. Bis zum Beweis des Gegenteils bleibt aber der Tatbestand bestehen, daß Rußland ein totalitäres Regime hat, dessen taktische Stärke darin liegt, daß es seine politischen Ziele und Taten jederzeit ohne Rücksicht auf die geknechtete öffentliche Meinung nach Lust und Laune den praktischen Möglichkeiten oder den phantasievollen Einfällen der Machthaber anpassen kann. Ein Unternehmen wie die unermüdliche «Aktion Niemals vergessen» der Berner Studenten erhält auf diesem Hintergrund besondere Bedeutung. Es ist nicht einfach und sicherlich auch nicht immer angenehm, die Rolle des unbequemen Mahners zu erfüllen. Um so mehr verdienen die Studenten der Universität Bern Anerkennung und Unterstützung.

Die Antwort des Ringier-Verlags

Der Fall ist sattem bekannt: Die Bildzeitung «Der Blick», zu verschiedensten Malen durch einen ebenso geschmacklosen wie verantwortungslosen Sensationsjournalismus unrühmlich hervorgetreten, ist geschäftlich

aufs engste mit dem Ringier-Verlag verbunden. Das Zofinger Großunternehmen, zugleich Großlieferant von eidgenössischen Verwaltungszweigen, wurde aus diesem Grund von verschiedensten Seiten scharf kritisiert. Die Reaktion war zunächst durch einige Verlegenheit charakterisiert. Konnte man die Ausflüchte vorerst gutgläubig als den verständlichen Versuch, das Gesicht zu wahren, interpretieren, so hat man inzwischen genaueren Aufschluß über die wirkliche Haltung des Ringier-Verlags bekommen. Als Folge der Angriffe erklärte er nämlich seinen Austritt aus dem Schweizerischen Zeitungsverleger-Verband und bestätigte so zugleich sein Bekenntnis zum Sensationsjournalismus. Angesichts der Tatsache, daß die Erzeugnisse des Ringier-Verlags eine außerordentliche Verbreitung und Breitenwirkung haben, ist der hier zum Ausdruck kommende, erschreckend tiefe Grad an Verantwortungsgefühl für die öffentliche Meinungsbildung besonders bedauerlich.

Der Gerechtigkeit halber muß man allerdings beifügen, daß dieses Gebahren nur deshalb möglich ist, weil es wirtschaftlich einträglich ist. Das heißt mit andern Worten: Es gibt auch in der Schweiz ein genügend großes Publikum, das den Zeitungsverkäufern solche Sensationsblätter aus den Händen reißt. Als in der ersten Septemberwoche aus Humlikon berichtet werden mußte, daß das durch die Flugkatastrophe von Dürrenäsch so hart betroffene Bauerndorf von aufdringlichen Reportern geradezu überschwemmt wurde und deshalb von der Polizei abgeriegelt werden mußte, war man in weitesten Kreisen zu Recht empört. Die gleichen Kreise nehmen es aber als Selbstverständlichkeit hin, möglichst rasch möglichst «wirklichkeitsnahe» Bilder von solchen Ereignissen und ihren persönlichen Auswirkungen zu Gesicht zu bekommen. Das Publikum ist also bei solchen Entgleisungen von einem gewissen Maß an Mitschuld nicht freizusprechen.

In eines Höheren Hand

Das Unglück von Dürrenäsch hat unser Volk in seltenem Ausmaß erschüttert. Es ist nicht

nur das Bild der verwaisten Kinder und der verwaisten Höfe, das diese Erschütterungen ausgelöst hat. Die markante Häufung von wahrhaft tragischen Schicksalen als Folge eines Vorgangs von schreckenerregender Sinnlosigkeit ist zum Symbol und Mahnmal für die Verletzlichkeit des modernen Menschen in seiner hochtechnisierten Umwelt überhaupt geworden. Angesichts solcher Ereignisse wird sich der Mensch schlagartig seiner Anfälligkeit bewußt, die durch den unaufhaltsamen technischen Fortschritt eher

noch verstärkt als vermindert wird. Das Leben wird zwar immer besser organisiert und eingeplant. Damit nimmt aber auch die Zahl der möglichen Fehlerquellen und die Zahl der möglichen folgenschweren menschlichen und technischen Fehlleistungen zu. Der Mensch erfährt so inmitten seines titanenhaften Strebens, sich die Erde untertan zu machen, wie sehr sein Schicksal doch in eines Höheren Hand liegt.

Spectator

KLEINE SCHRITTE AUF DEM WEGE ZUR KIRCHLICHEN EINHEIT

Vierte Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Montreal

Der Ursprung der neueren ökumenischen Bewegung, wie sie sich im Weltkirchenrat versteht, kennt deutlich drei Strömungen, die auf den Impuls der Weltmissionskonferenz von Edinburg 1910 zurückgehen und die in der Vergangenheit auch in wichtigen Weltkonferenzen sichtbar wurden. «Glauben und Kirchenverfassung» (Lausanne 1927, Edinburg 1937, Lund 1952); «Praktisches Christentum» (Stockholm 1925, Oxford 1937); «Mission und Evangelisation» (Jerusalem 1928, Tambaram 1938 u. a.). Diese führten zur Gründung und zum Aufbau des Weltkirchenrates (Amsterdam 1948, Evanston 1954, Neu-Delhi 1961).

Die wahre Ökumene ist selbstverständlich viel umfassender. Auch kommt man mit der Bezeichnung Protestantismus in ihr nicht zurecht, da weder die Anglikaner noch die Orthodoxen oder die Altkatholiken protestantisch genannt werden können. Rom bleibt ganz abseits und versteht Wesen und Geschichte der Ökumene völlig anders. Dennoch war Rom an der vierten Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Montreal, Kanada, vom 12.—26. Juli 1963 mit fünf offiziellen Beobachtern und fünfzehn eingeladenen Gästen erstaunlich gut vertreten. Abseits stehen auch vor allem die Südlichen Baptisten, USA (europäisches Seminar in Rüslikon, Zürich), und kleinere kritische Splittergruppen mit erstaunlicher Dynamik (besonders auf sogenannten Missionsfeldern)

und oft geheimnisvollen Geldquellen. Auch aus den Kreisen der «Conservative Evangelicals» waren einige Vertreter in Montreal anwesend.

Es herrschte im ganzen, besonders auch in den Pressekonferenzen, eine erstaunliche Offenheit. Ungeduldig war die Presse im Grunde nur über die auf einer Weltkirchenkonferenz übliche theologische Fachsprache und darüber, daß die Nöte der Gegenwart: Rassenhaß, Atomgefahr, Krieg, Hunger, Intoleranz, ungerechte Güterverteilung, Segen und Gefahr der Technik sozusagen vergessen blieben. Einem New Yorker Rechtsanwalt riß dabei der Geduldsfaden. Immer wieder aber mußte daran erinnert werden, daß solche Probleme in den Arbeitsbereich der Departemente für Zwischenkirchliche Hilfe, Kirche und Gesellschaft und der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten des Weltkirchenrates gehören. Zudem waren wir in Montreal primär mit Fragen um Glauben und Kirchenverfassung bemüht. Doch lassen sich Dogmatik und Ethik nicht einfach trennen. So war es hoffnungsvoll und bedrängend zugleich, zu spüren, daß die Welt auf die Kirche schaut und von ihr Hilfe, Weisung, Einlenken und Umdenken erwartet. Dabei ist diese Kirche aber zerteilt in viele, allzu viele Kirchen, die mit Etiketten auf ihren sakrosankten Gefäßen, wie in einer Apotheke, fein säuberlich die Formel ihres Inhaltes angeben!

Es wurde aber stärker als früher eingesehen, daß wir als Christen an unserem gegebenen Ort eine Missionsaufgabe haben. «Besonders in den wichtigen Bereichen der Industrie, unter den Studenten, in der Politik, im Berufsleben und im Bereiche der menschlichen Nöte im modernen Staat.» Montreal hielt fest: «Wir müssen anerkennen, daß das ganze Volk Gottes — Geistliche wie Laien — verpflichtet ist, am Amte Christi in der Welt teilzunehmen. Wir müssen uns klar werden, daß es auf die Probleme, denen die Laien in der Welt heute gegenüberstehen, keine denominationale Antwort gibt. Wir müssen im Blick auf die Zurüstung der Laien, für ihren Dienst in der Welt gemeinsam handeln, indem die Kirchen die Einsichten und die beruflichen Erfahrungen der Laien für diesen Dienst annehmen und verwerten.»

Montreal war jedoch eine Pfarrerversammlung. Es schien, als ob nur Theologen über Fragen von Glauben und Kirchenverfassung verhandeln könnten. Sozusagen fast keine Laien, auch fast keine Frauen. Eine Summe irdischer Geistlichkeit, mit der Gottes Geist doch etwas anzufangen wußte. Sobald nämlich das Wertvollste aller ökumenischen Konferenzen, der menschliche Kontakt, zu wirken begann, waren Gesprächsklima und Arbeitsbedingungen, Bibelstudium und Diskussion meist eine Freude. Es schien tatsächlich, als sei man vom Streitgespräch zum Dialog, vom bloß höflichen Zuhören ohne Antwort zur eigentlichen Klarstellung der Fronten gekommen. Der Unterschiede sind noch allzu viele. Montreal hat es uns deutlich gemacht, wieviel Geduld es noch braucht, bis wir uns nur in der Verwendung von Begriffen verstehen, geschweige denn zur Einheit kommen können. Dennoch ist Montreal eine Verheißung. Die Basis des Gesprächs ist breiter, die Anrede direkter und die Liebe größer geworden.

Mit dieser Standortbestimmung sollte einer bloßen Euphorie, einem Entzücken darüber, daß so viele und bei Prozessionen so bunte Würdenträger einander fast ganz verstünden, gewehrt werden. Wenn Einheit der Kirchen eine Gabe Jesu Christi und eine aktuelle Aufgabe der Kirchen zugleich ist, dann darf stets mit der Gnade und der Barm-

herzigkeit Gottes gerechnet werden. Aber es sind auch die Widerwärtigkeiten in Kauf zu nehmen, die wir einander selbst bereiten und die, ungewollt, auch in der Luft liegen. Die Hauptfrage bleibt immer noch als schwer zu bearbeitender Block mitten auf der Straße zur Einheit vor uns liegen: «Wollen wir uns selbst erhalten oder sind wir als Kirchen bereit, neue Formen anzunehmen?» Das hieße, die dringenden Nöte und Forderungen der Gegenwart hören, ernstnehmen und zugleich nach dem Evangelium handeln. Jedermann weiß, daß dies sehr schwer ist. Es ist den Teilnehmern von Montreal zuzugestehen, daß sie sich des Ernstes bewußt waren. Wahrscheinlich war aber zuviel Tradition vorhanden, wirkten zu viele vorgefaßte Meinungen. Wir wollten zu viel zu schnell. Dennoch war die ökumenische Wirklichkeit verheißungsvoll vorhanden, eine Wirklichkeit, die sich nun eben nicht einfach auf Vervielfältigungspapier festhalten läßt. Wahrscheinlich sprach jeder der Delegierten eben zuerst für seine Kirche, auch für seine Arbeitsgruppe und zu wenig für den einen Herrn der Kirche, Jesus Christus.

Auf ein zügiges Konferenzthema war von Anfang an verzichtet worden. Glücklicherweise hatten wir auch nicht auf einen allgemeinen Konsensus hinzuarbeiten. Es gab kein brillantes Feuerwerk. Die nachfolgend genannten Sektionen tagten getrennt, erlaubten aber nach einiger Zeit ein «hearing» für Teilnehmer aus anderen Sektionen:

1. Die Kirche in Gottes Plan;
2. Schrift, Tradition und Traditionen;
3. Das Erlösungswerk Christi und der Dienst seiner Kirche;
4. Der Gottesdienst und die Einheit der Kirche Christi;
5. «Alle an einem Ort», der Vorgang des Zusammenwachsens.

Diese Sektionen umreißen ein reiches Arbeitsprogramm. Das Ergebnis wurde am Schluß unter der Verantwortlichkeit der einzelnen Sektion, vielfach mit Empfehlungen an die Fortsetzungskommission oder an die Kirchen, vor die Vollversammlung getragen.

Erstaunlich war gegenüber früher das Zurücktreten einer europäisch-angelsächsi-

schen Scheidelinie. Die theologische Situation in Amerika hat sich in den letzten zehn Jahren gründlich verändert, und die jungen Kirchen bringen ein neues, dynamisches, für unsere herkömmliche Dogmatik nicht immer ungefährliches Element in die Aussprache. Das alles hat in Montreal erfrischend gewirkt.

Heiße Auseinandersetzungen durchzogen das Ringen um das Verständnis der Kirche. Die Vertreter der orthodoxen Kirchen (von Rußland allein waren deren fünfzehn da) und etwa die Kongregationalisten und die Presbyterianer sehen die Kirche nun wirklich grundverschieden. Aufschlußreich ist hier eine Fußnote des Berichtes 1: «Die Frage, wie Christi Herrschaft über die Welt beschrieben werden muß, wurde sehr eingehend diskutiert. Wie ist die Spannung zwischen dem ‚Schon jetzt‘ und dem ‚Noch nicht‘ von Christi Sieg zu verstehen? Die Sektion konnte zu keiner klaren Erklärung über diese Frage gelangen. . . »

Ein einheitliches Verständnis des Dienstes der Christen in der Welt wurde durch die komplexen Ansichten über die Begriffe Amt, Ordination, Laie, Sakramentsverwaltung getrübt. Hier ist noch unendlich sorgfältige Denkarbeit und Gesprächsführung nötig, weil es zur Zeit unmöglich ist, etwa die Differenzen zwischen der reformierten und der anglikanischen Auffassung des Amtsbegriffes zu überbrücken. Trotz reichen Studienmaterials und einer vorzüglichen Arbeit, welche Fräulein Dr. Marga Bührig, Zürich, zur Verfügung stellte, wurde die Frage der Frauenordination völlig in den Hintergrund gedrängt. Auch für besondere, neue Formen des Pfarramtes war man noch nicht reif!

Viel Gutes wurde zur Tauffrage gesagt. Die Taufe ist dringend aus der Atmosphäre der Volksgebräuche in den Bereich des unerschütterlichen Glaubens an Christus zu heben und «muß die Verpflichtung zum Dienst in der Kirche und in der Welt einschließen».

Etwa 170 Schreibmaschinenzeilen über «Abendmahlsgottesdienste bei ökumenischen Zusammenkünften» bedeuten zwar einen leisen Fortschritt, täuschen aber nicht über die Tragik hinweg, daß die Christenheit am Tische des Herrn hartnäckig getrennt bleibt. Ein Afrikaner sagte in einer Vollsit-

zung, es schein ihm, als sei ein Gast in ein Haus eingeladen, um in einer Ecke die Zeitung zu lesen, während die Familie beim Essen zusammensitze!

Ohne Zweifel spürt man in allen Auseinandersetzungen mächtige Kräfte am Werk. Sie vermitteln der Kirche viel Segen und bringen ihr viel Gefahr. Sie heißen: «Traditionalismus» und «Institutionalismus». Schrift und Tradition sind näher beisammen als wir denken. Im Laufe der Zeit wurde aber für unser reformiertes Denken das Verständnis der Schrift (sola scriptura) durch Traditionen verdunkelt, die mehr auf Machterhaltungswillen als auf die Wirkung des Heiligen Geistes schließen lassen. «Institution und Ereignis» sind auch nicht so einfach voneinander zu trennen. Sie gehören zusammen. Eine ausgezeichnete Arbeit über «Institutionalismus» deckte jedoch taktvoll, aber offen die Verhärtungen auf, die sich im Leben einer geistgewirkten Bewegung und Kirche als Verkalkungen bilden. Es ist begreiflich, daß dann daraus «Zirkulationsstörungen» im Ringen um kirchliche Einheit folgen müssen. Und doch haben wir soviel voneinander zu lernen. Wir Schweizer zum Beispiel hätten uns ernstlich um Meditation und ein neues liturgisches Verständnis zu bemühen.

Wer in der ökumenischen Bewegung, die zum Teil tausend Jahre getrennten Kirchen im Tempo *veni, vidi, vici*, zu einigen versucht, wird von Montreal zwiespältige Eindrücke erhalten haben. Wer an ein Wachstum glaubt, wer Verfeinerungen groben Vereinfachungen vorzieht, wer um die Geduld weiß, die um des Gegensatzes zwischen Fleisch und Geist, Form und Gehalt willen erforderlich ist, und dabei das hohe Ziel «Einheit in Christus» nicht aus den Augen verliert, kann doch erfreut auf die Fortschritte von Montreal blicken. Es ist zu wünschen, daß der Schweizerische Evangelische Kirchenbund trotz seiner vielen internen Aufgaben und trotz einer verhältnismäßig einfachen ökumenischen Situation in der Schweiz bald und ernstlich hinter die Dokumente von Montreal sitzt und positiv am interkonfessionellen Gespräch teilnimmt.

Ferdinand Sigg

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Internationale Wirtschaftsprobleme

Die *Lage der Weltwirtschaft* im ersten Halbjahr 1963 wird in der gewohntermaßen erschöpfenden Weise von der Halbjahresschrift des bekannten Kieler Instituts in Heft 1/1963 beleuchtet.

Die Flaute in der *Europäischen Integration* seit dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen mit Großbritannien um dessen Aufnahme in den Gemeinsamen Markt der Sechs hat es mit sich gebracht, daß während unserer heutigen Berichtszeit (von Mai bis und mit August 1963) die Wirtschaftspresse mehr oder minder uninteressiert an den Problemen des ökonomischen Zusammenrückens auf unserem Kontinent vorbeigegangen ist. Es ist nicht so, als ob die europäischen Wirtschaftsgiganten der EWG und der EFTA nicht nach wie vor gewappnet, ja sogar mit sich verstärkender Rüstung einander gegenüberstünden. Aber die im freien Westen noch immer herrschende Hochkonjunktur mit dem Warenhunger der Konsumenten bewirkte es, daß dem Exporteur aus dem Konkurrenzbereich die sein Produkt belastende Zolldiskriminierung bisher wenigstens nicht wehe tat. Die Schweiz hat dies bei ihrem Außenhandel mit der EWG und besonders mit der benachbarten Deutschen Bundesrepublik vorteilhaft zu spüren bekommen. In den Wirtschaftszeitschriften aus der Berichtsperiode ist uns nur das folgende als bemerkenswert aufgefallen: Am 18. 5. entwirft der «Economist» ein Programm für die Art, wie England «einen neuen Start» in Europa vorbereiten sollte. Nationalrat Dürrenmatt hat der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerbeverbandes im Mai ein Referat erstattet: «Eidgenössische Demokratie und europäische Integration»; man verfolge seine Ausführungen in der «Schweizerischen Gewerbe-Zeitung» vom 25. 5. Der Berner Professor Dr. R. F. Behrendt hat vor kurzem ein Buch mit dem Titel: «Dynamische Gesellschaft» verfaßt; die deutschen «Gewerkschaftlichen Monatshefte» geben

daraus in Nr. 6 ein Kapitel: «Regionale Integration oder erdweite Universalisierung?» wieder. Wie sich eine Labour-Regierung in England zu Festland-Europa und zum Gemeinsamen Markt stellen würde, sucht der «Economist» am 13. 7. zu ergründen. Prof. Dr. Hans Zbinden zieht in der «Schweiz. Gewerbe-Zeitung» vom 1. 6. «Lehren aus der EWG-Krise». In der Schweiz scheint sich langsam eine Wendung im Urteil über Wert oder Unwert von EWG und EFTA anzubahnen. Nachdem schon bisher «Finanz und Wirtschaft» («FuW») ebenso wie die Genfer «Wirtschaftsrevue» eine Lanze für die EWG gebrochen haben, ist es recht bezeichnend, daß ein so verbreitetes Blatt wie die «Schweiz. Handelszeitung» («SHZ») am 25. 7. der EFTA ins Stammbuch schreibt, ihr «mangle es an Tradition und geographischer Geschlossenheit». Auch im gegnerischen Lager der EWG ist gemäß der Kritik in der Wirtschaftspresse nicht alles zum besten bestellt: der Frankfurter «Volkswirt» bemängelt in seinem Leitartikel vom 9. 8. die fehlende Unterstützung der Europäischen Kommission in Brüssel durch die übrigen Organe des Gemeinsamen Marktes.

Die Wiener «Industrie» notiert am 2. 8. eine Anregung aus Kreisen der *OECD*, man solle an Entwicklungsländer nur «weiche» Anleihen (mit einer Laufzeit von wenigstens 20 Jahren und der Verzinsung von höchstens 3%) geben. — Je näher die «Kennedy-Runde» im *GATT* heranrückt, um so stärker beschäftigt sich die Wirtschaftspresse wieder mit den Problemen dieses Genfer Abkommens. So findet man im Düsseldorfer «Industriekurier» vom 28. 5. unter Bezugnahme auf die bevorstehenden Zollverhandlungen eine Betrachtung: «Das GATT unter Druck.» Auf die zu erwartenden Differenzen verweisen auch «FuW» am 15., der «Economist» am 18. und 25. 5. sowie am 24. 8. und die Wiener «Industrie» am 14. 6. Der Ministerrat des *GATT* hat sich im Mai über die Grundsätze für die bevorstehenden Erörterungen geeinigt; dieses Resultat liefert

den Stoff zu redaktionellen Bemerkungen in der «SHZ» vom 22. und in «La Suisse Horlogère» («Horlogère») vom 30. 5. — Mit *konjunkturellen Fragen* befaßt sich in der «NZZ», Nr. 149 vom 1. 6., Prof. Dr. E. Böhler in einem Referat, dem er den Titel: «Die alten und die neuen Herren der Konjunktur» gegeben hat. Der «Vierteljahresbericht» 2 von 1963 der Skandinaviska Banken zeichnet sich durch eine Arbeit von Curt Canarp aus: «Die Investitionsfonds — ein konjunktur- und arbeitsmarktpolitisches Instrument.» — Auf *finanziellem Gebiet* ist zunächst des am 5. 5. in London erfolgten Todes des den Lesern der «Schweizer Monatshefte» nicht nur aus seiner früheren Basler Tätigkeit bekannten Leiters des Internationalen Währungsfonds, Dr. Per Jacobsson, zu gedenken; mit einem Nekrolog sind die «Times» am 6. und die «Basler Nachrichten» am 7. 5. versehen. — Im «Wochenbericht» von Bär, Nr. 17, werden die allgemeinen Wirkungen der «Steuerlast» behandelt. «FuW» rühmt am 12. 6. die Basler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich als wertvollen Helfer der nationalen Zentralbanken. In den «Wirtschafts-Notizen» der Schweiz. Bankgesellschaft vom Juni kann man den Zusammenhang zwischen «Währungsreserven und Welthandel» studieren, während die «SHZ» am 4. 7. unter dem Stichwort: «Am Rande des Abgrunds?» im Anschluß an eine soeben erschienene Broschüre des französischen Währungsexperten Jacques Rueff recht kritische Begleitnotizen zur Bedrohung durch die fortschreitende Inflation aufstellt. In der «NZZ», Nr. 219 vom 11. 8., ist ein Beitrag von L. Albert Hahn über die Wechselwirkungen zwischen «Zahlungsbilanz und Kapitalexport» zu lesen. Ob eine «Erweiterung der Golddevisenwährung» zu empfehlen sei, fragt der «Wochenbericht» von Bär am 2. 8. — Im Fache der *Sozialpolitik* ist zunächst ebenfalls dieser «Wochenbericht» in Nr. 27 zu nennen, der «das Altersproblem im Betrieb» erörtert, und dann ist in den «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Zürcher Wirtschaftsförderung deren Nr. 5 mit einer Arbeit von Edmond Tondeur der Aufmerksamkeit zu empfehlen; die Darstellung behandelt die beiden Begriffe: «Mar-

keting-Denken und Sozialarbeit.» — «Neue Aspekte der *Entwicklungshilfe*» skizziert Dr. Karl Lanz in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» («Kreditwesen») am 1. 6. Der «Kyklos» bringt in Fasz. 3 (1963) einen Aufsatz aus der Feder des Amerikaners Joseph E. Haring, in dem der Verfasser eine Reihe dynamischer Ansätze zur Erklärung der historischen Übereinstimmung von Export und Einkommenssteigerung in «armen Ländern» verfolgt. — *Im übrigen* sind noch lesenswert: Die «Nachrichten» aus der Wirtschaftskommission der Uno für Europa; im Mai sind sie mit aufschlußreichen Zusammenstellungen über die Zukunft der Kohle und die Verbreitung von Gas in Europa gefüllt. «Die Möglichkeiten der Geschäftsbetriebe» und «der Unternehmer heute» sind die Zentralkpunkte in Nr. 2 (1963) der «Revue Economique Franco-Suisse» beziehungsweise in Heft 11/12 des deutschen «Arbeitgebers». «Horlogère» veröffentlicht am 13. 6. eine Reflexion: «Gewerblicher Schutz und Liberalismus.» Als Nr. 6 ihrer «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» endlich publiziert die Wirtschaftsförderung eine recht aktuelle Ausarbeitung von Prof. Dr. Emil Küng (St. Gallen): «Versorgungsstaat und Eigentums politik.»

Aus der schweizerischen Wirtschaft und von ihren Problemen

Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» («SAZ») fixiert am 9. 5. den «Stand der Schweiz in der internationalen Konkurrenz». Die Mitteilung Nr. 160 der Kommission für *Konjunkturbeobachtung* über «die Ertragsbilanz der Schweiz im Jahre 1962» erscheint als Beilage zum 7. Heft der amtlichen «Volkswirtschaft»; sie wird auch in der «SHZ» vom 1., der «NZZ» vom 3., «FuW» vom 6. und der «Horlogère» vom 8. 8. begutachtet. Während heben die «SHZ» am 13. 6., das «Börsen-Bulletin» der Schweiz. Volksbank, Nr. 7, und die «Werkzeitung der schweiz. Industrie» im August die neuerliche Steigerung der Konsumentenpreise auf mehr als 200% von 1939 hervor. Im Heft Juli/August der «Wirtschaftsrevue» stellt Dr. Rudolf Eckert

der Konjunkturpolitik «schlechte Noten» aus. Endlich lenkt die Bayerische Staatsbank in ihrem «Wirtschaftsbericht» Ende Juli den Blick auf den «Kampf der Schweiz gegen die überhitzte Wirtschaftskonjunktur». — Im Bereiche der *Außenhandels-Materie* erörtert in Anlehnung an ein Gutachten von Dr. E. Straub die «Schweiz. Gewerbe-Zeitung» am 8. 7. «das Verhältnis der Schweiz zur EFTA»; ein Studium dieses recht temperamentvollen Referates in der «Gewerblichen Rundschau» vom Juni läßt erkennen, daß es in dem Ratschlag zur Aufnahme von Verhandlungen der Schweiz mit der EWG «im Alleingang» ausklingt. — Von *sozialpolitischem Stoff* birgt die «SAZ» am 27. 6. und am 4. sowie 11. 7. einen Vergleich «der Aufwendungen für die soziale Sicherheit in der Schweiz und in den EWG-Staaten». Der «Ausbau unserer Alters- und Hinterbliebenen-Institutionen» wird im «Schweizer Arbeiter» am 4. 6. anerkennend kommentiert. Die «Splitter» der Schweiz. Volksbank schildern im Juli «die Bedeutung der ausländischen Arbeitskräfte». Nationalrat U. Meyer-Boller nimmt laut «Schweiz. Gewerbe-Zeitung» vom 20. 7. im Parlament «unmißverständlich Stellung zur gesetzlichen Arbeitszeit-Regelung». Dr. K. Sovilla stellt in der «SAZ» am 25. 7. die Frage: «Quo vadis, AHV?». «Als Beitrag zur Entwicklung der schweizerischen Gewerkschaften» schreibt Nationalrat Dr. H. Häberlin in der Genfer «Wirtschaftsrevue», Heft 42, einen Artikel: «Arbeitgeber und Arbeitnehmer.» — Die «SAZ» ist es auch, die am 16. 5. auf die «Entwicklungstendenzen der Finanzpolitik des Bundes» eingeht. Jaques Itensohn zeichnet als Autor im «Kreditwesen» vom 1. und 15. 7. zwei Artikel über «den Schweizer Franken als Weltwährung», «Unzulässige Rückstellungen in der eidgenössischen Staatsrechnung» wurden von der «Steuer-Revue», Heft 7, beanstandet. Im Juli hat die Schweizerische Bankgesellschaft eine beachtliche Broschüre über «ein Vierteljahrhundert Bundesfinanzen» herausgegeben. — Vom *sonstigen* Inhalt der Wirtschaftspresse werden schließlich noch die folgenden Beiträge interessierte Leser finden: Wie immer so ist auch heute das «Archiv für

schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» wegen der Vollständigkeit und Zuverlässigkeit seines Inhalts eine gesuchte Informationsquelle. Der «Economist» vom 8. 6. kann in der Schweiz auf reges Interesse mit seinem Überblick über die schweizerischen Bestrebungen zur Wahrung der Unabhängigkeit in einem geeinten Europa rechnen. Die «Schweiz. Versicherungs-Zeitschrift» führt im Juni an der Spitze eine Arbeit von Lic. oec. A. Ghisletti über «elektronische Datenverarbeitungstechnik». Nationalrat Dr. H. Häberlin erörtert in seiner «Werkzeitung der schweizerischen Industrie», Nr. 6, den Grundsatz «des möglichen Wettbewerbs» im Bundesgesetz über Kartelle. Die «Agrarpolitische Revue» ist im Juni/Juli als Sonderheft der diesjährigen Generalversammlung im Verbands der europäischen Landwirtschaft gewidmet. Die «Agrarpolitische Revue» bringt in ihrem Augustheft als «rechtes Wort zur rechten Zeit» einen Auszug aus einem Vortrag von Prof. Dr. W. Röpke über «Marktwirtschaft, Eigentum und Konzentration».

Nachrichten aus Gebieten wirtschaftlichen Interesses in der Schweiz

Die Überfülle der Informationen in der Wirtschaftspresse aus Gebieten, an denen in der Schweiz ökonomisches Interesse besteht, zwingt in unserem Bericht zur Beschränkung auf das Wichtigste.

1. *Aus Europa:* Vom *Beneluxgebiet* wird die «NZZ», Nr. 216 vom 8. 8., aus Brüssel über «die belgische Zahlungsbilanz 1962» (sie schließt mit einem Aktivsaldo von 3,8 Milliarden belg. Fr.) orientiert. — Die Außenhandelsbeilage der «SHZ» vom 16. 5. leitet Bundesminister Prof. Erhard mit einer Schilderung «der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen seit Gründung der EWG» ein. Im New Yorker «Journal of Commerce» vom 10.—13. 6. kennzeichnet Prof. Henry C. Wallich von der Yale-Universität die verschiedenen Funktionen der deutschen Bundesbank. — «Frankreich mit gesunder Kasse» nennt sich der Spitzenartikel in der «SHZ» vom 6. 6. Die Wiener

«Industrie» analysiert am 12. 7. «den französischen Markt». — Am 29. 6. enthält der «Economist» eine Übersicht über das Bankwesen *Großbritanniens* und am 13. 7. über die Geschäftslage der englischen Versicherung im laufenden Jahre. «FuW» empfiehlt am 17. 8. Großbritannien als aufnahmefähigen Markt für Schweizer Waren. Das vor kurzem erschienene Heft II der «Außenwirtschaft» im laufenden Jahrgang ist mit einer Arbeit von Prof. Dr. A. Boßhardt: «Mythos und Realität des Commonwealth-Präferenzsystems» versehen. — Auf eine «Forcierung der Industrialisierung» in *Irland* macht die Wiener «Industrie» am 30. 8. aufmerksam. — Im Mailänder «Corriere della Sera» werden am 14. 5. von C. Bresciani-Turzoni «die Wege der Inflation» in *Italien* verfolgt. Die Wiener «Industrie» stellt am 5. 7. fest, daß sich «Italiens Außenhandel in gewaltiger Expansion befindet (in % des Gesamthandels: Einfuhr aus der EWG 1958 23,6 und 1962 34,4%, aus der EFTA 1958 22,1 und 1962 20,5%. Ausfuhr nach der EWG 1958 21,2 und 1962 31,2%, nach der EFTA 1958 18,4 und 1962 15,9%); sie bedauert indessen, am 19. 7. melden zu müssen, daß der italienische «Aufstieg zum Stillstand gekommen» ist. — Aus dem Raume der *nordischen Staaten* bewertet die «NZZ», Nr. 146 vom 29. 5., «die außenwirtschaftliche Lage Dänemarks» als erholt. In der Wiener «Industrie» vom 7. 6. wird Finnland in seiner permanenten Finanzkrise als «abschreckendes Beispiel» angesprochen. — Wieder vermitteln die «Informationen aus *Österreich*» einen guten Überblick über die Konstellation im Lande. Der «Wirtschaftsbericht» der Bayerischen Staatsbank weiß Ende Mai von «strukturellen Schwierigkeiten in Österreich» zu berichten. — Laut Wiener «Industrie» vom 17. 5. «holt *Spanien* im Sturmschritt auf». Als Beilage zum Frankfurter «Volkswirt» ist am 28. 6. eine Monographie unter der Sammelbezeichnung: «Spanien — Markt von morgen?» erschienen.

2. *Aus der übrigen Welt*: Bruno Küster äußert in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom August die Ansicht, daß mit dem Kampf gegen die Apartheid in *Afrika* eine «Gewissensfrage» ge-

stellt ist. — «FuW» verleiht am 18. 5. ihrer Überzeugung Ausdruck, daß «*Lateinamerika* den Entwicklungs-Rhythmus beschleunigen muß, und meldet am 6. 7. eine «langsame Erholung der *australischen* Wirtschaft».

Von ungünstigen Wirtschaftsperspektiven in *Argentinien* kann «FuW» am 17. 7. berichten. — «*Brasilien* im Dreijahresplan», so nennt sich ein Artikel im deutschen «Arbeitgeber» vom 5. 5. — «Kritische Bemerkungen zur Agrarproduktion in *Indien*» macht Prof. Dr. Fritz Baade (Kiel) im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Mai. — Über «*Israel* als Entwicklungsland» verbreitet sich Unterstaatssekretär S. Vallon (Jerusalem) in der Genfer «Wirtschaftsrevue» vom Juni; «Geldwertprobleme in Israel» kann man im «Kreditwesen» vom 1. 8. studieren. — Dr. F. Aschinger konstatiert in der «NZZ», Nr. 187 vom 10. 7., daß «die *mexikanische* Wirtschaft im finanziellen Gleichgewicht» ist. — *Paraguays* Finanzsorgen werden im «Kreditwesen» vom 15. 6. geschildert.

Wirtschaftsinformationen über die USA

Wilhelm Nölling berichtet im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Juni über «Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum in den USA». Zur Verteidigung des Dollars hat Kennedy in der ersten Julihälfte einschneidende Maßnahmen angekündigt; der «Economist» beginnt am 20. 7. eine Reihe von Artikeln seines Washingtoner Korrespondenten zu ihrer Illustration wie auch die «NZZ», Nr. 222 vom 14. 8., sich mit den amerikanischen Plänen beschäftigt, während der «Wochenbericht» von Bär sie am 15. 8. als unzureichend kritisiert. — Die *Sozialpolitik* drüben berührt ein Aufsatz: «Gibt es in Amerika noch soziale Klassen?» von Prof. Dr. Kurt B. Mayer der Brown-Universität (Providence) in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik», Nr. 2. Die Arbeitslosigkeit wird von «FuW» am 3. 8. zum «Problem Nr. 1 der USA-Regierung» gestempelt. — Von Wert ist für den Leser der «Steuer-Revue» in der Juniausgabe die Beschreibung der «neuen

amerikanischen Finanzgesetzgebung in bezug auf Kapitalanlagen im Ausland.» Mit dieser Aktion beschäftigt sich auch der «Economist»; er nennt sie: einem veralteten System entstammend. — *Zuletzt* seien ein Artikel von Prof. Harold Wolozin im «Challenge» vom Juni: «Der Preis des Fortschritts» und Betrachtungen über «die amerikanischen Investitionen in Europa» von «FuW» am 19., 22. und 26. 6. zitiert.

Wirtschaft im Sowjetblock und West-Ost-Handel

«Zentrifugale Tendenzen bedrohen die Ostintegration», so beurteilt der Frankfurter «Volkswirt» am 19. 7. die Kämpfe im Comecon, dem kommunistischen Gegenstück zu den Wirtschaftsblöcken Westeuropas. Auch «FuW» nennt am 13. 7. die Tagung des Comecon in Warschau während des Monats Mai «steril» und spricht am 20. 7. von «gespaltenem Ostblock». In «FuW» vom 21. 8. findet man an leitender Stelle einen Beitrag von Henry V. Burke: «Die ‚Wirtschaftshilfe‘ des Sowjetblocks und Chinas.» Im schon vorher zitierten Heft II der «Außenwirtschaft» vergleicht Prof. Dr. F. Kneschaurek das «wirtschaftliche Wachstum in Ost und West» miteinander. Über «marktwirtschaftliches Denken in der Sowjetunion» läßt sich Hans-Jürgen Eitner im Maiheft der «Mo-

natsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vernehmen. Vom «Economist» werden am 1. Juni sechs Artikel veröffentlicht, die sich mit den Veränderungen in der russischen Gesellschaft befassen. Der Hamburger «Wirtschaftsdienst» enthält im Juli einen Beitrag über «Tendenzen und Probleme der sowjetischen Wirtschaftspolitik», und der deutsche «Arbeitgeber» geht am 20. 7. ein auf «Arbeitslohn, Arbeitsproduktivität und Selbstkontrolle der Sowjetindustrie». — Was in *China* hinter dem «großen Schritt vorwärts» verborgen ist, untersucht Professor Cho-Ming Li von der kalifornischen Universität im «Challenge» des Monats Juli. «China und der Westen», lautet der Titel des Leitartikels des «Economist» am 3. 8. Die «Osteuropa-Wirtschaft» weist in ihrem ersten Heft des laufenden Jahrgangs auf die Engpässe in *Jugoslawiens* «sozialistischer Marktwirtschaft» hin. Über die Entwicklung des *polnischen* Außenhandels informiert der Hamburger «Wirtschaftsdienst» im Juli. Eine «schwere Strukturkrise in der Tschechoslowakei» wird von der Wiener «Industrie» am 9. 8. gemeldet.

«Für oder wider den *West-Ost-Handel?*», zu dieser Frage bezieht der Hamburger «Wirtschaftsdienst» in seiner schon vorher zitierten Ausgabe vom Juli Stellung.

Hans Posse